



An den Grossen Rat

21.5822.02

PD/P215822

Basel, 6. April 2022

Regierungsratsbeschluss vom 5. April 2022

## **Budgetpostulat Raffaela Hanauer betreffend Präsidialdepartement, Dienststelle 320, Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Sachmittel für die Stellen für das Klimathema)**

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 12. Januar 2022 das nachstehende Budgetpostulat Raffaela Hanauer dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

«Erhöhung: Fr. 192'000

### Begründung:

Vor wenigen Wochen hat die Regierung entschieden, die beiden beim AUE fürs Klimathema vorgesehenen Stellen – zusammen mit der bereits bestehenden 40% Stelle beim AUE – vom WSU ins PD zu verschieben. Die bisherige 40% Stelle beim AUE hatte lediglich 8'000 Franken an Sachmitteln zur Verfügung. Diese werden für Mitgliedschaften in Gremien im Klimabereich verwendet. Die 8'000 Franken wurden durch den Transfer zum PD verschoben. Es sind keine zusätzlichen Sachmittel für die bevorstehenden Aufgaben vorgesehen. Dies ist ein Fehler, den es zu beheben gilt: In Anbetracht der diversen Aufgaben, die auf die Stellen im PD zukommen, wird der Klimaschutz durch die geringen Sachmittel ausgebremst. Die Stellen beim PD werden gemäss Medienmitteilung vom 17.11.21 u.a. folgende Aufgaben haben: Klimaschutz-Monitoring, Erstellung von Klimaschutzberichten, Durchführung von Klimafolgen-abschätzungen, Kommunikation und Sensibilisierung im Bereich Klimaschutz sowie Unterstützung von Projekten im Bereich Klima und Innovation. Bereits im ersten Jahr werden die Stellen mit der Ausführung der Aufträge aus den zahlreichen hängigen Klimavorstössen beginnen. Um diese Aufgaben adäquat ausführen zu können, werden juristische Gutachten und externe Studien notwendig sein. Damit der Kanton Basel-Stadt eine Vorbildrolle in Sachen Klimaschutz einnehmen kann, ist es äusserst wichtig, dass diese Stellen ihre Arbeit effizient und gut starten können. Demnach wird beantragt, den beiden Stellen eine Startsumme an Sachmitteln zu sprechen.

Raffaela Hanauer»

Wir berichten zu diesem Budgetpostulat wie folgt:

### **1. Ausgangslage**

Am 16. November 2021 hat der Regierungsrat beschlossen, das Thema Klima verwaltungsübergreifend und übergeordnet im Präsidialdepartement zu verankern. Eines der drängendsten und

aktuellsten politischen und gesellschaftlichen Themen wird damit im Kanton so positioniert, dass gesamtstaatliche Strategien besser entwickelt und verfolgt werden können.

Neben dem Präsidialdepartement (PD) befassen sich mehrere Departemente wie das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) oder das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven mit dem Klima. Das PD übernimmt hier verwaltungsübergreifend und übergeordnet den strategischen Lead sowie die Koordination. Betrifft das Thema mehrere Departemente, trägt in Zukunft das PD die Hauptverantwortung, so etwa beim Klimaschutz-Monitoring, bei der Erstellung von Klimaschutzberichten, der Durchführung von Klimafolgenabschätzungen, bei der Kommunikation und Sensibilisierung im Bereich Klimaschutz oder bei der Unterstützung von Projekten im Bereich Klima und Innovation.

Der Regierungsrat beantragte mit Blick auf die Herausforderungen der Klimapolitik im Budget 2022 zwei neue Stellen. Diese wurden zusammen mit den heute im WSU für die Klimamathematik vorhandenen 40 Stellenprozent im PD eingesetzt. Aufgrund der Tatsache, dass die Stellen erst ab dem entsprechenden Beschluss über das Budget durch den Grossen Rat im Dezember ausgeschrieben werden konnten, werden die Stelle der Fachstellenleitung ab Juni und diejenige der oder des akademischen Mitarbeiterin/Mitarbeiters im dritten Quartal besetzt werden können. Durch die nicht ganzjährige Anstellung sind im 2022 Sachmittel verfügbar. Im Budgetprozess für das Jahr 2023 werden entsprechende Sachmittel beantragt, so dass die neue Fachstelle ihre Wirkung optimal entfalten kann.

## 2. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir, das Budgetpostulat Raffaela Hanauer betreffend «Präsidialdepartement, Dienststelle 320, Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Sachmittel für die Stellen für das Klimathema)» nicht zu erfüllen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans  
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin